(Vierter Expedition: Kommandanten-Straße 7. Jahrgang.)

Urwähler-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Preis pro Woche 1 Sgr. 3 Pf. Inserate pro Petitzeile 2 Sgr. Diejenigen geehrten Abonnenten hier, welche die Urwähler-Zeitung früh Morgens pünktlich zu erhalten wünschen, zahlen wöchentlich 3 Pf. Botenlohn. Außerhalb Preußens beliebe man sich an die zunächst belegenen Postämter im Inlande an die bekannten Spediteure der des Postdebits verlustigen Zeitungen zu wenden.

№ 18. Berlin, Donnerstag, den 22. Januar 1852.

Das Beste dran.

Das Räthsel unserer Tage heißt: wie wird man all' die Gesetze und Organe los, die man selbst oktroyirt, selbst revidirt, selbst promulgirt, selbst interpretirt und selbst ausgeführt?

Dies große Räthsel macht Allen Kopfbrechen und führt zu den wunderlichsten Vorschlägen von der Welt. Die Bevorworter und Befürworter der Staatsstreiche sind schnell bei der Hand. Louis Napoleon ist ein herrliches Muster und Frankreich in seiner Erniedrigung ein treffliches Vorbild! Andere dienende Geister wissen bessern Rath. Sie fordern, daß die Kammern die Stände beleben mögen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, daß die Stände die Kammern todt machen. Andere wieder finden die gesegnetsten Zustände darin, daß man die Kammern Kammern, die Gesetze Gesetze sein läßt und fortregiert, wie es der Tag bringt und die Umstände erheischen. Noch Andere sind voll der Hoffnung, daß der vergessene und wieder in Erinnerung gekommene Staatsrath das Ding schon in die Hand nehmen und der Bundestag am Ende aller Enden sein Theil dazu thun wird, um den wahren Rechtsstaat, das deutsche Recht bei uns aufzurichten.

All' dies ist nun freilich ganz interessant und kann denjenigen eine Genugthuung sein, die von Anfang an den Bestand des geretteten Staates keineswegs als gesichert angesehen haben.

Was aber all' den Dingen einigen Humor verleiht, ist die Thatsache, daß wiederum die büreaukratische und die Kreuzzeitungspartei sich ein wenig in den Haaren liegen.

Woher aber diese merkwürdige Erscheinung gerade jetzt kommt, woher eine Opposition der Kreuzzeitung gegen das Ministerium gerade während der Kammersession auftritt, für welche Zeit sonst immer ein wahrhaft rührendes, liebendes Verhältniß einzutreten pflegte, das verdient einige Worte der Aufklärung.

Wir wissen, daß seit dem Staatsstreich in Frankreich die Kreuzzeitung ungemein verfassungstreu geworden ist. — Wie kommt sie dazu? — Die Sache ist folgende. — Ehe der Staatsstreich geschah, hatte die Kreuzzeitung stets ihr rothes Gespenst in der Tasche, und mit Hülfe dieses Gespenstes glaubte sie die gesammte Büreaukratie in's Bockshorn zu jagen. Sie zweifelte nicht, daß wenn sie es nur den Gemüthern recht machte, es ihr gelingen müßte, den ganzen Staat in die „feste Burg" der Stände hineinzutreiben, wo da herrschet Vorrecht und Jagdrecht, gutsherrliche Polizei und Patrimonialgericht, Provinzial-Gerechtigkeit und Adelsvertretung, und der Seligkeiten allerhöchste: die Steuerfreiheit, die da entzükket jedes fromme Gemüth und füllet jede gute Tasche in Ewigkeit. — Der Staatsstreich Louis Napoleons aber hat all' das vernichtet. Es ergab sich, daß die ganze Geschichte von den Rothen eine staatsretterliche Lüge war, die nur ausgebeutet wurde von Abenteurern. Es ergab sich, daß eine Zentralregierung in Frankreich, wenn sie büreaukratische Helfershelfer findet, ganz vortrefflich, ja sogar musterhaft und nachahmungswürdig den Staat retten kann, ohne Stände. Es fand sich, daß Soldaten nicht nur gegen Demokraten, sondern auch gegen Ruhe- und Ordnungs-Männer und sogar gegen sogenannte Legitimisten helfen. Kein Wunder, daß die Büreaukratie nicht ohne Beifall auf Frankreich zu blicken anfing und die schönste aller Staatsrettungen mit Erstaunen und Verwunderung ansah. Denn die Staatsrettung in Frankreich ist nicht eine demokratische, wie die durch die oktroyirte Charte Waldeck; nicht eine konstitutionelle, wie die durch das Drei-Klassen-Wahlgesetz; nicht eine gothaische wie die durch den Drei-Königs-Entwurf, son-

dern wirklich und leibhaftig eine büreaukratische, zentralisirte Staatsrettung, so recht wie sie Herz und Nieren eines Büreaukraten erfreuen muß.

Jetzt ging der Kreuz-Zeitung ein Licht auf! Haben wir darum die Kammern stets mit Hohn und die Verfassung mit Verachtung behandelt, um am Ende der alles gleichmachenden Büreaukratie in die Hände zu fallen? — Nein, diese Büreaukratie ist wirklich im Stande, uns zur Grundsteuer heranzuziehen! Sie maßregelt nach der Schablone, und ist am Ende wirklich gesonnen, auch uns zu maßregeln. Wir haben ihr zu Gefallen die Kammern gehörig in Mißkredit zu bringen gesucht, und jetzt wäre sie kapabel, über die Kammern hinwegzuschreiten, wo wir schon die Zügel der Majorität so gut wie in Händen haben! Nein, jetzt müssen wir die Kammern vertreten!

Hierzu kam noch das halbe Zerwürfniß mit Oestreich, trotzdem Bismark-Schönhausen, der liebste Hahn im Korbe der Kreuz-Zeitung, als preußischer Vertreter am hohen Bundestag figurirt. Dazu noch der Rücktritt des östreichfreundlichen Kreuz-Zeitungs-Lieblings, des Kriegsministers Stockhausen, und die Besetzung dieser Stelle durch Bonin, der nichts weniger als Kreuz-Zeitungs-Mann ist! Als endlich nun noch der Staatsrath eingerichtet wurde und dieses echt büreaukratische Zentral-Institut nun noch gar Manteuffel zum Vorsitzenden erhielt, da riß der Kreuz-Zeitung der letzte Geduldsfaden, und seit der Zeit ist sie eitel Liebe und Wohlwollen gegen die Kammer und pure Opposition und Unmuth gegen die Regierung.

Zu ihrem Aerger kommen ihr jetzt all' ihre eignen alten Pläne zur Verbesserung unserer Zustände büreaukratisch verjüngt als „Regierungspläne" entgegen. Es ist wirklich ergötzlich wahrzunehmen, mit welchem Grimm sie Projekte betrachtet, für die sie sonst stets geschwärmt hat. — Da macht eine offiziöse Broschüre, die frisch aus der Decker'schen Oberhofbuchdruckerei kommt, den Vorschlag, daß die erste Kammer künftig nur aus Mitgliedern bestehen müsse, die von der Krone dazu ernannt worden. Ein Vorschlag, der dem neugebackenen, vielversprechenden Senat Louis Napoleons außerordentlich ähnelt.

Man sollte glauben, daß nichts in der Welt der Kreuz-Zeitung, die ja stets für die Rechte der Krone zu kämpfen vorgab, erwünschter kommen konnte; allein man irrt sich. Die Kreuz-Zeitung erklärt sich dagegen. Sie sagt: „Man scheint nicht zu wissen, was „die Krone" ist, daß dieselbe nicht als **isolirt** von allen übrigen Elementen des Staates gedacht werden kann, daß ja auch die Bestimmungen der Verfassung von der Krone ausgegangen sind, deren Annahme damals als ein besonderer Sieg gefeiert worden ist, und daß die späteren Verordnungen und Ernennungen der Krone an sich **keinen größeren Anspruch auf Richtigkeit haben als das vorliegende Gesetz**, ja daß zunächst die Krone die aristokratischen Elemente viel sicherer finden wird, wenn ihr die als treu bewährten **Unterthanen suchen helfen**, als wenn sie sich allein auf die Berichte **der Beamten** verlassen muß."

So haben wir denn das Vergnügen, auch diese Gegnerin, die Kreuz-Zeitungs-Partei, in ihr eignes Netz verstrickt und an der Frage würgen zu sehen, wie man aus der Verwirrung heraus gelangt, in die man zur Rettung des Staates sich und den Staat hineingerettet hat.

Wahrlich, bei all' den Trübseligkeiten unserer Zeiten ist dieses Herumtappen all' unserer Gegner nach neuen Oktroyirungen und Revidirungen das Einzige, was uns den guten Glauben an unsere gute Sache und bis zum sichern Siege derselben auch den guten Humor erhält.

Und das ist das Beste dran!

Berlin, den 21. Januar.

— Der Prinz von Preußen antwortete einer Deputation pommerscher Abgeordneter u. A.: Die Abg. möchten eine Erhöhung des Militäretats eifrigst unterstützen; wenn man zufrieden sein könne mit Manchem, was im Westen (Frankreich) geschehen, so dürfe man sich doch einer so großen Sorglosigkeit, wie sie Platz zu greifen scheine, nicht hingeben. Man müsse bedenken, daß die dort herrschende Macht keine legitime sei und eben so leicht fallen könne, wie sie emporgestiegen. Preußen müsse auf alle Fälle gerüstet sein. Eine Armee von 400,000 Mann würde ihm lieber sein, als die Landwehr, aber er sehe wohl ein, daß Preußens finanzielle Lage dies verbiete. Wolle Preußen aber seine Stellung als Großmacht behaupten, so müsse mehr als bisher geschehen. Die Armee dürfe an nichts Mangel leiden und das alte Sparsystem sei zu verlassen.

— Die 1. Kammer berieth heute das Disziplinargesetz gegen nicht richterliche Beamte; dasselbe wurde schließlich angenommen. Mehrere Vorschläge, betreffend Abänderungen von Verfassungsbestimmungen, wurden an die Verfassungskommission gewiesen; ein neu hinzugekommener vom Abg. v. Alvensleben lautet: die Kammer wolle beschließen: „Der Ausgabe-Etat zerfällt in den ordentlichen, welcher die zu dauernden Staatszwecken erforderlichen Bedürfnisse umfaßt, und in den außerordentlichen Etat. Zur Abänderung des ordentlichen Ausgabe-Etats ist die Uebereinstimmung der Staats-Regierung und der beiden Kammern erforderlich, und werden die in demselben enthaltenen Ausgaben, bis diese Einigung erfolgt ist, fortgeleistet."

— Aus Danzig wird uns geschrieben: Die Jesuiten haben vor Kurzem die Herrschaft Hammerstein gekauft, welche dem Amtsrath Livonius, Mitgliede der 1. Kammer, bisher gehörte und vor Zeiten eine Galley des deutschen Ordens war, bevor die geistlichen Güter säkularisirt wurden.

— Ein Auktionskommissarius, welcher im August v. J. eine Quantität Palmölseife versteigerte, wurde deshalb zu 5 Thlrn. verurtheilt. Der Magistrat hatte seine Bestrafung beantragt, da der §. 69 der Gewerbeordnung bestimmt, daß neue Handwerkerwaaren nur mit Genehmigung des Magistrats versteigert werden dürfen und diese nicht eingeholt worden sei. In dem §. 23 der Gewerbe-Ordnung sind diejenigen Handwerker näher bestimmt, auf welche sich jene Bestimmung bezieht, und befinden sich darunter auch die Seifensieder. Der Auktions-Kommissarius wandte ein, daß alte oder verbrauchte Seife nicht existire, namentlich nicht zum Verkauf gestellt werden könne.

— Der Düsseldorfer Schwurgerichtshof hat auf die Vernichtung aller bereits in Beschlag genommenen und künftig noch aufzufindenden Exemplare des zweiten Heftes der politischen und sozialen Gedichte von Ferdinand Freiligrath erkannt.

— Der wegen Duells verhaftete Architekt ist bereits freigelassen worden.

— Ein Schneidermeister, welcher von einer hiesigen Kleiderhandlung zur Anfertigung von Kleidungsstücken verschiedene Stoffe erhielt und mehrere derselben zum Werthe von etwa 30 Thlrn. verpfändete, wurde zu neunmonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß er

die That wegen großer Noth begangen habe.

— Dem Maschinenbauer G. Sigl zu Berlin ist unter dem 16. Januar 1852 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene lithographische Schnelldruck-Presse, so weit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

— Eine Abtheilung des Gemeinderaths ist mit einer Vorlage über Verbesserung der Schönhauser Allee beschäftigt.

— Die kürzlich gemeldete Verfolgung eines ehemaligen Kossuth'schen Agenten in preuß. Schlesien hat die Verfolger auf eine andere Fährte gebracht. In den ersten Monaten des ungarischen Krieges bezog die ungarische Regierung Waffen aus Belgien, welche über Leipzig, Breslau und Ratibor nach Ungarn geschafft wurden. Neben andern war in diesem Geschäft auch ein Schlesier (aus Groß-Strehlitz gebürtig), später Beamter der ungarischen Zentral-Eisenbahn, thätig gewesen, er hatte eine große Summe, nahe an 6000 Dukaten, von der ungarischen Regierung zur Bezahlung der Waffen empfangen. Nachdem derselbe vergeblich die Herüberschaffung eines Waffentransportes von 24 Kisten Gewehre versucht hatte, vielmehr durch ein Ratiborer Handlungshaus denunzirt worden war, daß 800 doppelläufige Gewehre im Magazin zu Prerau lägen, wurde derselbe zu Neujahr von der östreichischen Regierung verhaftet, und es hat jetzt bei einem Anverwandten desselben in Schlesien auf Antrag der östreichischen Behörde und unter ihrer Mitwirkung eine Haussuchung stattgefunden. In Folge derselben wurden die bei dieser Gelegenheit vorgefundenen 4800 östreichische Dukaten zum gerichtlichen Verwahrsam genommen. T. hat bei seiner Vernehmung erklärt, man habe kein Recht, ihn über das Geld zu vernehmen, er verweigere, bis ein Antrag eines preußischen Staatsanwalts und der genehmigende Beschluß seines zuständigen Gerichts vorliegen würde, jede Auslassung. Noch ist er auf freiem Fuße und harrt der Austragung des entstandenen Kompetenzkonfliktes.

— Die Petitionskommission der 2. Kammer hat ihren dritten Bericht erstattet. Zwei Petitionen betreffen die Ausweisung des hiesigen christkatholischen Predigers Brauner. Die erste ist von dem Vorstande der Gemeinde ausgegangen; die Verfügungen des Polizeipräsidiums und des Ministeriums beigefügt, und die Kommission beantragt deshalb Uebergang zur Tagesordnung, da es an jeder Grundlage zur Beurtheilung fehle. Das zweite Gesuch ist von Brauner selbst eingereicht. Er ist in Habelschwerdt in Preußen geboren, und seit 1845 als Prediger der deutschkatholischen Gemeinde in Berlin angestellt. Am 4. September 1851 wurde er mit einem 14tägigen, nach seinem Geburtsorte lautenden Passe aus Berlin ausgewiesen, ohne Mittheilungen über die Gründe dieser Maßregel zu erhalten. Auch aus Breslau, wo er sich einige Tage aufhalten wollte, wurde er ausgewiesen, und von dem Magistrat in Habelschwerdt ihm eröffnet, daß er auch dort nicht aufgenommen werden würde, da er längst nicht mehr heimathberechtigt sei. Er wandte sich nun nach Spandau, wurde aber auch von hier nach Ablauf der in seinem Passe festgestellten Frist fortgewiesen; ein anderer Paß wurde ihm vom Polizeipräsidium unter dem 5. Nov. verweigert. Somit erscheint Brauner als völlig heimathlos; seine Beschwerden an das Polizeipräsidium und das Ministerium des Innern sind ohne Antwort geblieben. Der Regierungs-Kommissar bemerkte auf die Beschwerde, daß Brauner nur bei dem Viertel-Kommissarius, nicht bei der Polizei-Obrigkeit angemeldet sei, er sei also nicht ortsangehörig; außerdem sei sein Unterhalt nicht gesichert gewesen; er habe zwar ein Vermögen von 1000 Thlrn. nachgewiesen und von der Gemeinde ein jährliches Gehalt anfänglich von 1000, dann von 600 Thlrn. bezogen; allein da das Fortbestehen der Gemeinde, die nur ein Privatverein sei, fraglich erscheine, so habe auch Brauners Einkommen nicht als gesichert betrachtet werden können. Die Mehrheit der Kommission konnte sich nicht davon überzeugen, daß Brauner in Berlin ortsangehörig sei, und da es sich nur um diesen Punkt handle, und Brauner sich nicht über seine Ausweisung aus Breslau, Habelschwerdt u. s. w. beklagt habe, die Kommission sich also nicht mit der Frage beschäftigen dürfe, wohin der überall Ausgewiesene sich wenden solle, empfiehlt die Kommission mit 13 gegen 8 Stimmen der Kammer, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

— Der Redakteur des katholischen Anzeigers, Pfarrer Küntzer, wurde gestern „wegen unerlaubten Kollektirens“ zu 3 Thalern verurtheilt. Der Polizeirichter fand dies Vergehen in der Aufforderung an die Leser des Blattes, die für dasselbe verlangte Kaution von 2500 Thalern durch freiwillige Gaben zusammen zu bringen.

Breslau, 19. Januar. Im Februar sollen die seit November in Neisse anwesenden drei Jesuiten-Väter in Folge einer durch den Erzpriester Neumann an sie ergangenen Aufforderung, eine sogenannte Volksmission beginnen.

Königsberg. Vor einigen Tagen trafen, wie der „Bresl. Ztg.“ geschrieben wird, der ehemalige Hauptmann v. Czunochowski, Lieutenant v. Wegner und der einjährige Freiwillige v. Roggenbucke, nach Abbüßung ihrer 3jährigen Festungsstrafe von Weichselmünde hier ein. Die genannten Militärs, welche im Jahre 1848 in der Festung Pillau standen, hatten eine Zustimmungs-Adresse an die National-Versammlung unterzeichnet; die beiden Offiziere waren hierfür mit Kassation und dreijährigem Festungsarrest bestraft worden — dagegen hatte man gegen die Feldwebel und Unteroffiziere, die sich bei der Adresse betheiligt, ein milderes Verfahren beobachtet, weil man sie gewissermaßen nur als Verführte betrachtete. — Zwischen zwei Studenten fand am 18. ein Pistolenduell statt, wobei der eine einen lebensgefährlichen Schuß erhielt.

Dresden. Die Polizei setzt die Verfolgung der, man könnte sagen zu einer Essäergemeinde zusammengedrängten, überzeugungstreuen Reste der Volkspartei mit unermüdlichem Eifer fort. Zunächst wird eine kürzlich erlassene Verordnung über die Paßkarten ins Werk gesetzt, und die dem hiesigen Paßbüreau mitgetheilte Liste der Geächteten, welchen Paßkarten verweigert werden, begreift vornehmlich die Mitglieder der deutsch-katholischen Gemeinde, des Turnvereins und der Gesellschaft Erheiterung, wie der aufgelösten freien christlichen Gemeinde in sich.

Hannover. Eine in Hildesheim abgehaltene Volksversammlung hat sich gegen den Septembervertrag erklärt. — Der Ausschuß des Landtags zur Berathung des Vertrages hat verschiedene Abänderungen zu demselben beschlossen; der Schlußantrag lautet: „Indem Stände (unter diesen Aenderungen) ihre Zustimmung zu den vorgelegten Verträgen aussprechen, bevorworten sie zugleich, daß die durch diese Verträge herbeigeführten Budgets-Ueberschüsse zunächst zur Vollendung der Eisenbahnen zu verwenden sind.“

Dessau. Der bernburger Landtag hat gegen eine Erklärung des Ministeriums, daß die Theilung Anhalt-Köthens lediglich eine Erbvertrags-Angelegenheit zwischen den anhaltischen herzoglichen Häusern sei, in denen eine Einmischung des Landtages unzulässig erscheine und deshalb nicht gestattet werden könne, fast einstimmig protestirt.

Darmstadt. Der Nachricht des M. J. wegen Vereinigung dieses Landes mit Hessen-Homburg wird widersprochen.

Freiburg. Dieser Tage wurde Advocat Dr. Nopper aus Waldkirch, auf Veranlassung einer Fahndung des dortigen Bezirksamtes „wegen Treulosigkeit“ verhaftet.

Frankfurt. Die von der Polizei verfügten Ausweisungen haben neuerdings auch mehrere den reichern Klassen der Gesellschaft angehörende Personen betroffen; so namentlich den Dr. Löwenthal, dem man ein Vermögen von einigen Hunderttausend Gulden beilegt. Gleiches Geschick hat auch den Dr. Lunkenbein betroffen, der mit einer vermöglichen hiesigen Bürgerstochter verheirathet ist. Ferner soll auch der Prediger der deutschkatholischen Gemeinde Floß, von hier ausgewiesen sein.

Paris, 19. Januar. Die Legitimisten wollen dem Präsidenten dafür, daß er ihre Namen nicht auf die Aechtungslisten gesetzt hat, nicht vielen Dank wissen. Die aus der Presse vertriebene Opposition hat sich jetzt in die aristokratischen Salons der Vorstadt St. Germain geflüchtet, in denen alle Abend die im „Moniteur“ veröffentlichten Dekrete einer bitteren Kritik unterworfen werden. Alle Personen, welche mit Louis Napoleon oder dessen Regierung in Berührung treten, werden aus den hochadeligen Zirkeln entfernt. Hr. Berryer, welcher mit Hrn. v. Broglie die noble Vorstadt kommandirt, hat geäußert: „Man muß um Hrn. Louis Napoleon einen leeren Kreis ziehen.“ Dieser Taktik will der Präsident die Taktik des Kaisers entgegensetzen und sich à la Faustin einen neuen Adel schaffen. In wenig Tagen wird ein Dekret erscheinen, welches die von der provisorischen Regierung im Jahre 1848 verordnete Abschaffung der Adelstitel aufhebt; gleichzeitig sollen die Herren Morney und St. Arnaud zu Herzogen, Maupas zum Marquis und die Herren Baroche, Rouher, Fortoul und General Magne zu Grafen gemacht werden. — Die Namen der Senatoren und Staatsräthe sollen in diesen Tagen veröffentlicht werden. Von den Abgeordneten soll die Bedingung, an dem Orte der Wahl ansässig zu sein, nicht verlangt werden. Von Brest ist der erste Transport politischer Gefangener nach einer Insel bei Martinique abgefahren, wo sie vorläufig bleiben. Von den 26 Volksvertretern im Gefängniß Pelagie haben 19 Pässe erhalten. Pascal Duprat und Antony Thouret wollen angeblich nach Deutschland. — Nach den gestern von Bordeaux angelangten Nachrichten ist der ehemalige Bataillons-Chef und Militär-Kommandant der Aufständischen, Peyronni, von dem Kriegsgerichte des Departements Lot-et-Garonne nicht zum Tode — sondern zur lebenslänglichen Deportation nach Nukahiva, oder wie man in Paris sagt, „zur trockenen Guillotine“ verurtheilt worden.

Paris, 20. Januar. Der heutige „Moniteur“ enthält ein Wahlzirkular des Ministers des Innern, worin derselbe auseinandersetzt, die Verfassung verbiete nur darum die Veröffentlichung der Reden in den Kammersitzungen, um denselben alles Theatralische zu benehmen, und ihnen mehr Ernst, mehr praktischen Nutzen zu geben. Dasselbe Zirkular erklärt alle Beamte als unwählbar und verbietet die Bildung von Wahlkomitees. Die Präfekten sollen Männer von Verdienst bezeichnen, und die Regierung wird nicht anstehen, solche Kandidaten dem Lande offen anzuempfehlen.

(Tel. Dep.)

Brüssel, 20. Januar. Seit dem 2. Dez. sind über 400 französische politische Flüchtlinge durch Belgien passirt.

Italien. Seit Jahrhunderten pflegten die Päpste den neugebornen Sprößlingen katholischer Monarchen, auf deren Verlangen, eingesegnete Leibbinden zu überschicken. Ein Gleiches ist jetzt bei der neugebornen spanischen Infantin geschehen.

Griechenland. Nach den neuesten aus Athen eingegangenen Nachrichten ist König Otto plötzlich bedenklich erkrankt.

China. Dem Briefe eines deutschen in englischen Diensten stehenden Arztes entnahm kürzlich ein Blatt folgendes: „Was die Revolution in China betrifft, so kann ich versichern, daß sie nichts Bedeutendes ist. Es ist gar keine Revolution; es ist eine plündernde, große Räuberhorde, die mit Plündern zufrieden ist; haben sie genug, so gehen sie nach Hause. Was diese Horde im Großen ist, geschieht täglich und allenthalben in China im Kleinen. Hier ficht ein Dorf gegen das andere, dort eine große Horde gegen Städte und Dörfer. Die Piraten, die vergangenes Jahr von zwei englischen Schiffen zerstreut und deren Schiffe ganz unbrauchbar gemacht wurden, nannten sich — um dadurch einzuschüchtern — die großen Herrscher aller Seen und Meere. Die Horden nennen sich die Wiederhersteller der chinesischen Dynastie.“

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Holdheim, in Berlin.

Berlin,
Verlag von Theodor Heymann.

Druck von W. Pormetter in Berlin,
Kommandantenstr. 7.